

Ende der Wohnungsknappheit nicht absehbar: „Wir brauchen mehr Pragmatismus statt Ideologie“

Berlin, 14.03.2019. „Der neuesten Baugenehmigungszahlen zeigen: Die Schlangen bei den Wohnungsbesichtigungen werden auch in Zukunft nicht kürzer. Ein Ende der Wohnungsknappheit ist nicht absehbar“, kommentierte BFW-Präsident Andreas Ibel die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen 2018.

Im vergangenen Jahr sanken die Baugenehmigungszahlen um 0,2% auf 347.300 Wohnungen. Die Zahl der Neubauwohnungen in Wohngebäuden stieg um 0,7% auf 302.800 Neubauwohnungen in Wohngebäuden. „Diese Zahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vom eigentlichen Neubaubedarf von jährlich mindestens 350.000 Wohnungen meilenweit entfernt sind. Denn nicht jede genehmigte Wohnung kann auch gebaut werden“, so Ibel. Baufertigstellungszähler sind demnach ein wesentlich aussagekräftiger Indikator als Baugenehmigungszahlen. Im Jahr 2017 lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen bei 285.000. Die bislang unveröffentlichten Zahlen für 2018 - so ist schon jetzt absehbar – liegen nur wenig darüber.

Rahmenbedingungen erschweren Neubau

„Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen sind die Handlungsspielräume von Bauherren und Investoren ausgeschöpft“, sagte Ibel. „Bauland ist in den Ballungsgebieten kaum noch erhältlich, Konzeptvergaben werden nach wie vor Höchstpreisen vergeben. Zudem wird den Immobilienunternehmen durch fehlendes Baurecht, langwierige Genehmigungsverfahren und die steigende Vorschriftenflut jene Planungssicherheit genommen, die sie für mehr Investitionen in den Neubau brauchen.“

„Mehr Pragmatismus statt Ideologie“

„Was für eine Trendwende bei den Baugenehmigungen nötig ist, ist der gemeinsame politische Wille für mehr Neubau – und zwar bei Bund, Ländern und Kommunen“, forderte Ibel. „Hierzu brauchen wir mehr „Miteinander statt Gegeneinander“, mehr Fokus auf Neubau statt auf das Mietrecht, und mehr Pragmatismus statt Ideologie. Nur wenn alle Akteure bei der Umsetzung dieser Maßnahmen an einem Strang ziehen, können wir diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe stemmen!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in Deutschland. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de